
Günter Pehl

Deutsche Wirtschaft 1988/89 - Trotz wachsender Arbeitslosigkeit tritt Regierung erneut auf die Bremse

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, bis 1988 Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, ist seit mehr als 25 Jahren wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Die Voraussagen, die die Konjunkturbeobachter Ende 1987 über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1988 abgaben, standen unter dem Eindruck des Börsenkrachs vom Oktober 1987 und eines damals dramatisch fallenden Dollarkurses.¹ Eine weltweite Wirtschaftsflaute oder gar Rezession wurde befürchtet, doch es kam ganz anders. Alle Prognosen, auch die aus damaliger Sicht äußerst optimistischen - mit der Annahme von 2 Prozent Wirtschaftswachstum - erwiesen sich als unzutreffend.

Höchste Wachstumsrate seit 1979

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft der Bundesrepublik 1988 real - Preissteigerungen ausgeschaltet - um 3,4 Prozent.² Dies ist die bisher größte Wachstumsrate in den achtziger Jahren. Dabei waren die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1988 um nur 1,4 Prozent höher als 1987, was faktisch Preisstabilität bedeutet.

1 Siehe den Bericht zur Lage der deutschen Wirtschaft, in Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), H 1/1988, S 32 ff. Am Jahresende 1987 war der US-Dollar auf seinen historischen Tiefstand von 1,58 DM gefallen

2 Dieser Bericht wurde am 17.1.1989 abgeschlossen. Er verwendet u.a. erste vorläufige Ergebnisse der Sozialproduktberechnung für das Jahr 1988, die das Statistische Bundesamt am 11.1.1989 auf einer Pressekonferenz bekanntgab. Weitere Daten über die Wirtschaftsentwicklung wurden folgenden Veröffentlichungen entnommen: Jahresgutachten 1988/89 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 1173478, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1989, in Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 5.1.1989, Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB, H 117/1988.

Auch die für Wachstum und Beschäftigung ausschlaggebende Investitionstätigkeit war 1988 so lebhaft wie nie zuvor in den achtziger Jahren. Die realen Ausrüstungsinvestitionen stiegen 1988 gegenüber 1987 um 6,6 Prozent an - die Voraussagen lagen zwischen 1 und 3 Prozent. Besonders kraß sind die Unterschiede zwischen vorausgesagter und tatsächlicher Bautätigkeit: Die Prognosen befürchteten entweder Rückgang, Stagnation oder bestenfalls eine schwache Zunahme der Bauinvestitionen um bis zu 1,5 Prozent. Tatsächlich haben die Bauinvestitionen 1988 gegenüber 1987 um real 4,5 Prozent zugenommen.

Das Ausfuhrgeschäft verlief ebenfalls besser als angenommen: Die günstigste Prognose sagte einen Zuwachs der Exporte um 3 Prozent voraus, während andere Konjunkturbeobachter eine Stagnation befürchteten. Tatsächlich waren die realen Exporte 1988 aber um 5,1 Prozent höher als 1987. Die Bundesrepublik verzeichnete ein neues Rekordergebnis im Außenhandel: Der Überschuß im Außenhandel war 1988 mit 128 Milliarden DM so groß wie nie zuvor (1987: 117,7 Milliarden DM). Er machte 6 Prozent des Bruttosozialprodukts aus.

Beschränkt man sich auf diese Daten, dann ist das Ergebnis der volkswirtschaftlichen Tätigkeit im Jahre 1988 durchaus befriedigend. Die Bundesregierung, die sie tragende Koalition und ihre Verbündeten in Politik, den Medien und der Wissenschaft preisen die Ergebnisse des Jahres 1988 sowie den 1989 ins siebente Jahr gehenden Aufschwung aus dem weltweiten Rezessionstal von 1982 hauptsächlich als Erfolg der konservativen Bonner Wirtschaftspolitik.

Aber zweieinhalbmals so viel gemeldete Arbeitslose wie 1979

Allerdings wird dabei etwas übersehen oder an den Rand gedrängt: Trotz eines realen wirtschaftlichen Wachstums von 3,4 Prozent nahm die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen um 13 000 auf 2,24 Millionen zu. Sie war damit um 410 000 Personen oder 22,3 Prozent höher als 1982, dem Jahr der Weltwirtschaftskrise. Im Vergleich zu 1979, dem letzten Hochkonjunkturjahr vor Beginn dieser Krise, betrug die Zahl der Arbeitslosen 1988 sogar mehr als das Zweieinhalbfache, damals lag sie bei 876 000. Die Arbeitslosigkeit wuchs so stark an, obwohl sich das reale Bruttosozialprodukt seit 1979 um 16,7 Prozent erhöht hat.

Die Arbeitslosigkeit ist freilich viel größer als sie in der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen zum Ausdruck kommt. So wären die Arbeitslosenzahlen 1987 und 1988 um über 400 000 höher gewesen, hätte es nicht die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit gegeben.³ Außerdem gibt es eine „stille Arbeitsmarktreserve“. Sie wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit auf etwa 1,2 Millionen

³ Siehe u. a. Jürgen Kühl: 15 Jahre Massenarbeitslosigkeit - Aspekte einer Halbzeitbilanz, in Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 16.9.1988. Siehe auch den Beitrag von Ursula Engelen-Kefer in diesem Heft.

geschätzt. Es sind Menschen, die keine Unterstützung erhalten und keine Chance auf Vermittlung durch die Arbeitsämter sehen, so daß sie sich auch nicht bei ihnen melden.

Große verdeckte Arbeitslosigkeit

Vermutlich würden aber noch viel mehr Menschen gerne Erwerbsarbeit ausüben wollen, als es in der „stillen Arbeitsmarktreserve“ zum Ausdruck kommt. Viele junge Menschen „parken“ beispielsweise im Bildungssystem, auf den Hoch- und Fachschulen; das ist für sie immerhin befriedigend und vernünftiger als arbeitslos zu sein. Hunderttausende älterer Bürger würden gern noch arbeiten, werden aber aufgefordert, vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuscheiden und Rente zu beantragen. Schließlich läßt ein Vergleich der Frauenerwerbsquoten (Anteil an den Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren) in der Bundesrepublik (1986: 51,1 Prozent) mit denen in Großbritannien (61 Prozent), den USA (64,9 Prozent) und den skandinavischen Ländern (Schweden 78,3 Prozent) vermuten, daß es bei uns eine erhebliche „stille weibliche Arbeitsmarktreserve“ gibt; zehn Prozentpunkte Unterschied in der Frauenerwerbsquote machen rund zwei Millionen Frauen aus.

Die Bundesregierung weist gern auf die Zunahme der Beschäftigtenzahl hin, wenn ihr die hohen, sogar noch steigenden Arbeitslosenzahlen kritisch vorgehalten werden. Immerhin sind die Zahlen der beschäftigten Arbeitnehmer in den letzten Jahren ständig gestiegen, 1988 um rund 160 000 auf etwa 22,9 Millionen. Aber damit wurde nur ein Stand erreicht, der gegenüber dem Krisenjahr 1982 eine Zunahme um rund 460 000 Personen aufweist, während die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 410 000 Personen stieg, und die „stille Arbeitsmarktreserve“ sowie die Zahl der von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfaßten Personen ebenfalls größer waren als 1982. Verglichen mit 1980 sieht das Bild noch trostloser aus: Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer war 1980 um rund 100 000 Personen höher als 1988, die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen aber um 1,35 Millionen niedriger; die „stille Arbeitsmarktreserve“ hat sich seitdem - um rund 600 000 Personen - verdoppelt. Diese schlimme Arbeitsmarktbilanz muß gezogen werden, obwohl das Brutto-sozialprodukt seit 1980 real um 15 Prozent gewachsen ist.

Untätiges „Warten auf den Markt“ führte zu dramatischem Anstieg der Arbeitslosigkeit

Diese nüchternen Zahlen beweisen, daß die „Selbsteilungskräfte des Marktes“, auf die die konservative Wirtschaftspolitik der Bundesregierung setzt, es in sechs Aufschwungjahren nicht einmal geschafft haben, die Beschäftigtenzahl von 1980 wieder zu erreichen. Vielmehr sind sowohl die registrierte als auch die verdeckte Massenarbeitslosigkeit seitdem dramatisch gewachsen.

Das politisch untätige „Warten auf den Markt“ hatte zur Folge, daß Millionen Menschen in der Bundesrepublik, einem der reichsten Staaten der Welt, in eine „neue Armut“ abgedrängt wurden. „Ende Oktober 1987

erhielten die 751 700 Empfänger von Arbeitslosengeld durchschnittlich 984 DM im Monat, die 500 400 Bezieher von Arbeitslosenhilfe im Schnitt 806 DM".⁴ 37 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen erhielten 1987 überhaupt keine Unterstützung. Man kann sicher sein, daß die Politiker der Bonner Regierungskoalition sich entschieden für eine rigorose Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen würden, müßten sie auch nur ein halbes Jahr lang mit diesen Einkünften auskommen.

Besonders verheerend sind die Folgen der Arbeitslosigkeit für die Langzeitarbeitslosen. Sie macht die Betroffenen mit ihren Familien seelisch und oft auch körperlich krank. Etwa jeder dritte registrierte Arbeitslose - rund 700 000 - ist mehr als ein Jahr lang arbeitslos. Seit 1982 hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen mehr als verdoppelt.

Neben dem Wirtschaftsbericht einen Armutsbericht vorlegen

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr hat die jährliche Vorlage eines Armutsberichts vorgeschlagen. Er sollte jeweils im Januar zusammen mit dem Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt werden, damit beide Berichte zusammen diskutiert werden können. Es wäre sinnvoll, die Ausarbeitung des Armutsberichts einer unabhängigen Kommission zu übertragen.

Solange es nicht zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik kommt, wird die Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren eher noch zu- als abnehmen, zumal bei dem starken Zustrom von deutschstämmigen Aussiedlern, Übersiedlern aus der DDR und Asylberechtigten. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, rechnet nicht damit, daß die Zahl der Arbeitslosen vor der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf weniger als zwei Millionen absinken wird.

Verweigerung einer aktiven Beschäftigungspolitik ist verfassungswidrig

Trotz der dargestellten Gegebenheiten sieht die Bundesregierung keinen wirtschafts- und finanzpolitischen „Handlungsbedarf“. Dieses Verhalten muß auf die Betroffenen und ihre Familien geradezu zynisch wirken. Es ist darüber hinaus inhuman und verfassungswidrig.

Bei der Dickfelligkeit der Regierenden in Bonn gegenüber Massenarbeitslosigkeit und daraus resultierender Armut kann nicht oft genug daran erinnert werden, daß gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes die Menschenwürde ein unantastbares und unveräußerliches Grundrecht ist. „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, heißt es im zweiten Satz. Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, zumal in einer der reichsten Gesellschaften der Welt, bedeutet für die Millionen Betroffenen jedoch einen Verlust an Menschenwürde. Nicht nur in der sozialdemokratischen Programmatik ist die Arbeit ein unverzichtbarer Bestandteil menschlicher Würde, sondern auch gemäß den evangelischen und katholischen Soziallehren.

⁴ Jürgen Kühl, Massenarbeitslosigkeit, S. 8.

Außerdem schreibt Artikel 20, Absatz 1 unseres Grundgesetzes, die Verwirklichung der Sozialstaatlichkeit gleichwertig neben der des Demokratiegebotes vor. Dem Auftrag zur Sozialstaatlichkeit widerspricht es jedoch, daß sich die Bundesregierung weigert, eine wirksame Beschäftigungspolitik zu betreiben.

40 Jahre Grundgesetz - ein Anlaß zum Umdenken

Das Grundgesetz, eine der besten Verfassungen der Welt, trat vor 40 Jahren, am 23. Mai 1949, in Kraft. Die Bundesrepublik kann 1989 also ihr 40jähriges Bestehen feiern. Sollten beide Jubiläen nicht ein Anlaß sein, die Verfassung und insbesondere die Grundrechte ernster zu nehmen als dies bisher der Fall war? Dazu bedarf es freilich eines Umdenkens in der Wirtschaftspolitik.

Gewiß, es gibt keine Patentrezepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Aber ebenso gewiß ist es möglich, durch vielfältige Maßnahmen Hunderttausenden einen Arbeitsplatz zu verschaffen und weitere Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu sichern. Notwendig - im wahren Wortsinn - ist allerdings ein auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit zielender Wille der Politik. Wer aber in den letzten Jahren stets „keinen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf“ sah und ihn auch heute nicht sieht, hat offensichtlich diesen Willen nicht.

Große Chancen, die Massenarbeitslosigkeit beträchtlich abzubauen, wurden von der konservativen Wirtschaftspolitik vertan; heute rächen sich die jahrelangen Versäumnisse, zum Beispiel darin, daß infolge zu schwacher Investitionstätigkeit die Produktionsanlagen nicht genügend erweitert wurden. Auch für 1989 hat die Bundesregierung einen Kurs eingeschlagen, der Binnennachfrage und Beschäftigung spürbar abschwächen wird.

Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit als Maßstab

In diesem Beitrag wird die Wirtschaftspolitik daran gemessen und bewertet, ob und inwieweit es ihr gelingt, bisher arbeitslosen Menschen Arbeitsplätze zu geben und damit ihr Recht auf Arbeit und Menschenwürde zu befriedigen - dies freilich in Verbindung mit größtmöglicher individueller Freiheit und gesellschaftlicher Stabilität, wozu auch relative Preisstabilität gehört.

Im Dezember hatte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke (CDU), erneut ein staatliches Investitionsprogramm zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigung vorgeschlagen. Zehn Jahre lang sollten jeweils zehn Milliarden DM für zusätzliche öffentliche Investitionen ausgegeben werden. Ihm wurde unverzüglich vom neuen Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann eine Absage erteilt - mit Argumenten, mit denen die konservative Regierung bisher auch alle Forderungen des DGB nach einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik abgelehnt hat: Solche Programme seien weder finanzierbar, noch hätten sie die erwünschten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, meinte der Minister. Es bestehe kein Grund, „in Programm-Aktionismus zu verfallen“.

Dies sind Scheinargumente. Denn der DGB - und sicherlich auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit - befürworten keine globalen Investitionsprogramme. Vielmehr hat der DGB der Öffentlichkeit sehr differenzierte Vorschläge vorgelegt. Ihm geht es in erster Linie um öffentliche Investitionen in Bereichen, in denen dringender Bedarf besteht - etwa im Umwelt- und Naturschutz sowie im sozialen Wohnungsbau - und die zugleich beschäftigungswirksam sind.

Investitionskraft der Gemeinden wurde enorm geschwächt

Durch die rigorose Kürzungspolitik der konservativen Bundesregierung wurden die Gemeindehaushalte so belastet, daß ihre Investitionskraft enorm geschwächt wurde. Auf die Gemeindeinvestitionen entfallen rund zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen.

Von 1978 bis 1982 betrug der Sachinvestitionen der Gemeinden im Jahresdurchschnitt 36,6 Milliarden DM; das waren 2,5 Prozent des durchschnittlichen Bruttosozialprodukts dieser fünf Jahre (1450 Milliarden DM). Im Durchschnitt der fünf Jahre 1983 bis 1987 konnten die Gemeinden nur 32,8 Milliarden DM für Sachinvestitionen ausgeben. Das waren nur noch 1,76 Prozent des durchschnittlichen Sozialprodukts (1850 Milliarden DM). Hätten die Gemeinden in den letzten Jahren im gleichen Umfang wie 1978 bis 1982 unter der Regierung Helmut Schmidt investieren können, wären ihre Sachinvestitionen um jährlich rund 13,5 Milliarden DM oder reichlich 40 Prozent höher gewesen. Vergleicht man in solcher Weise die Sachinvestitionen der Gemeinden im Jahr 1988 - dem „besten Jahr seit 1979“ - mit denen des Jahres 1980, dann ergibt sich für das vergangene Jahr sogar ein Minus von ungefähr 22 Milliarden DM.

Wer will eigentlich im Ernst bestreiten, daß zusätzliche öffentliche Investitionen in diesem Ausmaß eine große Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen, andere erhalten hätten? Wem will man einreden, daß nur private Investitionen beschäftigungswirksam sind? Es ist doch bekannt, daß bisher Rationalisierung das weitaus bedeutendste Investitionsmotiv der Unternehmen war; Rationalisierung zielt aber immer auf Einsparung von Arbeitsplätzen.

Sind öffentliche Investitionsprogramme nicht finanzierbar?

Es ist schon erstaunlich, wenn der Bundeswirtschaftsminister und andere Koalitionspolitiker behaupten, zusätzliche öffentliche Investitionen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit seien nicht finanzierbar. Denn erstens beklagt die Bundesbank seit längerem die Geldfülle in der Bundesrepublik und zweitens war 1988 ein Rekordjahr in der Kapitalausfuhr. Nach Angaben der Bundesbank sind von Januar bis November 1988 rund 74 Milliarden DM an Kapital ins Ausland abgeflossen - gegenüber nur 14,1 Milliarden DM in der gleichen Zeit des Jahres 1987. Drittens finanzieren die Unternehmen ihre Investitionen, ebenfalls nach Angaben der Bundesbank, in den letzten Jahren zu 97 bis 98 Prozent aus eigenen Finanzmitteln.

Die Sparquote in der Bundesrepublik ist mit jährlich 12 bis 13 Prozent des verfügbaren Einkommens im internationalen Vergleich sehr hoch. Die Anlage der gesparten Einkommen erfordert indessen eine entsprechende Verschuldung. Hierfür kommen die Unternehmen, der Staat und das Ausland als die großen Nachfrager nach Kapital in Frage. Da die Unternehmen wegen ihrer hohen Gewinne und anderen Eigenfinanzmitteln (zum Beispiel aus Abschreibungen) fast nicht auf die Kapitalmärkte angewiesen sind, bleiben der Staat und das Ausland übrig. Wenn die Politiker jedoch „ein hohes Defizit der öffentlichen Haushalte zu vermeiden trachten, dann bleibt die notwendige Verschuldung beim Ausland hängen. Eine hohe Verschuldung des Auslands ist gleichbedeutend mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuß. Der gegenwärtige Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik (1988: 85 Milliarden DM) aber wird weltweit als zu hoch angesehen... So richten sich die Augen auf die öffentlichen Haushalte, denn will man den Leistungsbilanzüberschuß vermindern . . ., dann sind Initiativen der öffentlichen Hand erforderlich, um die Nachfrage zu stimulieren". So hat das Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, Prof. Claus Köhler, die Notwendigkeit einer höheren öffentlichen Verschuldung begründet.⁵

Expansive Politik rettete die Weltwirtschaft nach dem Börsenkrach

Schließlich haben ausgerechnet die Notenbanken der großen Industriestaaten 1987/1988 einmal mehr bewiesen, daß durch expansive (Geld-)Politik Beschäftigung gesichert und gefördert werden kann. Allerdings ging es ihnen nicht darum, die Massenarbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen; zumindest die Deutsche Bundesbank hätte ein solches Ansinnen entschieden abgelehnt. Vielmehr haben sie während und nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 riesige Milliardenbeträge an Dollar, D-Mark, Yen und anderen Währungseinheiten in die Wirtschaftsabläufe gepumpt, um katastrophale Folgen für das Weltwährungssystem und für die Weltwirtschaft zu verhindern. Milliardensummen wurden und werden übrigens auch von Zeit zu Zeit zur Stützung der westlichen Leitwährung, des Dollars, auf den Markt geworfen, mit der Absicht, das Weltwährungssystem zu stabilisieren. Dies sind zwei Beispiele dafür, daß staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf, zu denen auch die der Notenbanken gehören, schädliche Folgen des bei uns so gepriesenen „freien Spiels der Marktkräfte" korrigieren müssen und dadurch heilsam wirken.

Jedenfalls hat das energische und diesmal gut koordinierte Eingreifen der Notenbanken und der Finanzpolitik der großen Industriestaaten bewirkt, daß es 1988 statt zu der befürchteten Rezession zu einem erneuten weltweiten Wirtschaftsaufschwung gekommen ist. Die erfolgreiche Bewältigung des Börsenkrachs hat weltweit zu neuer Zuversicht, zu einem besseren Investitionsklima und im vergangenen Jahr zu einer starken Ausweitung des Welthandels

⁵ Aus einem Vortrag von Prof. Claus Köhler über „Nationale und internationale Einflüsse auf die Kapitalmärkte", abgedruckt in den von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Auszügen aus Presseartikeln, Nr. 80 vom 1.11.1988, S. 2.

- real um etwa 8 Prozent - geführt. Das Bruttosozialprodukt war 1988 in den westlichen Industrieländern um real 4,2 Prozent höher als 1987.

1988 wuchs die Wirtschaft um 3,4 Prozent

Die bundesdeutsche Wirtschaft wuchs im vergangenen Jahr um 3,4 Prozent. Diese Wachstumsrate lag erheblich unter dem Durchschnitt der westlichen Industrieländer. 1987 war der Abstand noch größer. Wegen der extrem hohen Ausfuhr- und Leistungsbilanzüberschüsse und der sich daraus ergebenden Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts hätte die wirtschaftliche Dynamik in der Bundesrepublik eigentlich stärker sein müssen als in den meisten übrigen Industrie-Ländern.

Im ersten Vierteljahr 1988 war der Sozialproduktzuwachs mit 4,3 Prozent überdurchschnittlich - eine Folge des damaligen milden Winters. Ohne diesen Sondereinfluß wäre das reale Bruttosozialprodukt im ganzen Jahr 1988 um gut 3 Prozent gestiegen - sicherlich ein gutes Ergebnis, wenn es die Massenarbeitslosigkeit nicht gäbe. Im Jahre 1987 wuchs das Sozialprodukt nur um 1,8 Prozent. Nominal - das heißt ohne Preisbereinigung - war das Bruttosozialprodukt 1988 um 5,4 Prozent höher als 1987; sein nominaler Wert betrug 2 129 Milliarden DM.

Stärker als in den Vorjahren beruhte im vergangenen Jahr die Zunahme der Leistung unserer Volkswirtschaft auf der gestiegenen *Produktivität*. Gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde stieg die Produktivität um 3,1 Prozent (1987: 2,2 Prozent).

Da Investitionsgüter der Schwerpunkt des deutschen Außenhandels sind, kam die weltweite Besserung des Investitionsklimas insbesondere dem Ausfuhrgeschäft zugute. Der *Export* von Waren und Dienstleistungen erhöhte sich 1988 real um 5,1 Prozent (1987: 0,8 Prozent).

Neben dem Export waren die Investitionen 1988 Motor des Wirtschaftswachstums. Die *Ausrüstungsinvestitionen* (Produktionsapparaturen, Maschinen, Ausstattungen, Fahrzeuge usw.) waren 1988 real um 6,6 Prozent höher als 1987. Auch diese gute Entwicklung ist teilweise auf die Besserung der Weltkonjunktur zurückzuführen. Hinzu kommen als Investitionsmotive die Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt und vielfach das Erreichen von Kapazitätsgrenzen - dies wiederum als Folge der lahmen Investitionstätigkeit und des Abbaues von Produktionskapazitäten in den achtziger Jahren. Für die zunehmende Investitionsbereitschaft spielt natürlich auch die Gewinnexplosion eine Rolle, die noch darzustellen ist.

Bauinvestitionen immer noch unter dem Stand von 1980

Erstmals seit Jahren sind die *Bauinvestitionen* 1988 wieder mit einem beachtlichen Sprung gewachsen, wobei das milde Winterwetter sicher auch eine Rolle gespielt hat. Immerhin waren sie real um 4,5 Prozent höher als 1987; damals stagnierten sie. Aber selbst nach dieser erfreulichen Ausweitung

waren die realen Bauinvestitionen 1988 immer noch um fast 5 Prozent niedriger als 1980. In dieser Zahl kommt das Ausmaß der Krise, die die Bauwirtschaft erleiden mußte, zum Ausdruck, aber auch das Versagen der konservativen Politik bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Denn ein großer Teil der Bauinvestitionen entfällt auf die gedrosselte öffentliche Bautätigkeit; und aus dem sozialen Wohnungsbau hatte sich der Staat fast völlig zurückgezogen.

Von den großen Nachfrageströmen -Auslandsnachfrage, Investitionen und Verbrauchsnachfrage - ist der *private Verbrauch* der bedeutendste. Auf ihn entfallen 58 Prozent der Inlandsnachfrage. Von ihm gingen 1988 keine belebenden Impulse auf die Konjunktur aus. Der private Verbrauch nahm real nur um 2,7 Prozent zu (1987: 3,5 Prozent). Noch weniger stieg mit 1,8 Prozent der *Staatsverbrauch* (1987:1,6 Prozent).

Nahezu zur Hälfte wird der private Verbrauch aus den Nettolöhnen und -gehältern finanziert. Die *Lohn- und Gehaltssumme* war 1988 *brutto* um 3,8 Prozent und *netto* um 4 Prozent höher als 1987. Das Nettoarbeitseinkommen je Arbeitnehmer nahm 1988 um 3,3 Prozent zu. Bei einem Anstieg der *Verbraucherpreise* um 1,4 Prozent im Jahresdurchschnitt wuchs die Kaufkraft des Lohnes 1988 um fast 2 Prozent.

Ein sozialer Skandal: Gewinne stiegen fast fünfmal stärker als Löhne

Indessen blieben die Löhne weit hinter den *Gewinnen* zurück. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wuchsen 1988 um 10 Prozent. Rechnet man aus dieser Globalgröße die nur wenig gestiegenen Vermögenseinkommen heraus, dann ergibt sich ein Anstieg der Gewinne von sogar 11 Prozent.

Damit setzte sich die krasse Ungleichheit in der Einkommensverteilung seit 1982 zugunsten der Gewinne fort. Von 1982 bis 1988 stiegen die Gewinne explosiv an, *brutto* um 77 Prozent und *netto* um 85 bis 90 Prozent. Die Löhne und Gehälter erhöhten sich dagegen um *brutto* 23 Prozent und *netto* sogar nur um 18 Prozent. Die Nettogewinne sind also zu Zeiten der Regierung Kohl fast fünfmal stärker gestiegen als die Nettolöhne. Das ist ein sozialer Skandal. Die (bereinigte) Lohnquote - der Anteil der Löhne am Volkseinkommen - ist auf den niedrigsten Stand seit 1960 zurückgefallen.

Trotz des Anstiegs der Nettogewinne um nahezu 90 Prozent nahmen die Anlageinvestitionen seit 1982 nur um 26,7 Prozent zu. Und trotz der Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen seitdem um rund 410 000 Personen.

Natürlich nicht aus der Sicht der Kapitalbesitzer und ihrer politischen und publizistischen Freunde, aber aus der Sicht der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen beweisen diese nüchternen Zahlen, daß die konservative, sich im

wesentlichen auf die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Unternehmer beschränkende Wirtschaftspolitik gescheitert ist.

Gewinne finanzierten zum Teil Beschäftigung in den USA

Hohe Gewinne allein veranlassen die Unternehmer noch nicht dazu, ihre Produktion auszuweiten und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Gute Absatzwartungen müssen hinzukommen. Da sich die Regierung Kohl weigerte, die Binnennachfrage erheblich auszuweiten, sie vielmehr durch rigorose Kürzungspolitik im finanziellen Bereich dämpfte, entfiel für die meisten Unternehmer ein entscheidendes Investitionsmotiv für Erweiterungsinvestitionen. Statt dessen boten sich hohe Zinssätze vor allem in den USA an, so daß die Gewinne zum großen Teil statt in Sachanlagen in der Bundesrepublik in Finanzanlagen im Ausland investiert wurden.

Unter Präsident Ronald Reagan betrieben die USA eine Wirtschaftspolitik, die der in der Bundesrepublik entgegengesetzt war: Sie weiteten durch hohe Haushaltsdefizite die Binnennachfrage aus. Dadurch wurde die Zahl der Beschäftigten in den USA seit 1982 um 14 Millionen erhöht. Aber anders als nach dem Rezept von Keynes ließen sich die USA ihre Haushaltsdefizite, die wiederum zu hohen Defiziten in der Leistungsbilanz führten, durch ausländische Kapitalgeber weitgehend mitfinanzieren; sie wurden durch hohe Zinsen angelockt. Die Amerikaner selbst sparen wenig, ihre Sparquote liegt bei 4 Prozent des Sozialprodukts gegenüber 12 bis 13 Prozent in der Bundesrepublik.

Man kann auch sagen: Ein Teil der Sparer in der Bundesrepublik, insbesondere auch die Unternehmen, haben nicht zuletzt infolge der verfehlten Bonner Wirtschaftspolitik einen beachtlichen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geleistet - allerdings nicht bei uns, sondern in den USA.

Leistungsbilanzüberschüsse stören das weltwirtschaftliche Gleichgewicht

Das Gegenstück zu den hohen Leistungsbilanzdefiziten in den USA sind die extrem hohen Leistungsbilanzüberschüsse in Japan und in der Bundesrepublik. Sie stören ebenfalls das außen- und das weltwirtschaftliche Gleichgewicht. Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik machte 1988 mit 85 Milliarden DM 4 Prozent des Bruttosozialprodukts aus (1987: 80,8 Milliarden DM). Insgesamt haben die Bundesbürger demnach „unter ihren Verhältnissen“ gelebt, freilich nur die Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner als soziale Gruppen, nicht jedoch die Selbständigen, wie die Gewinnentwicklung beweist. Eine gewaltige Kraftanstrengung zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wäre auch im Interesse der Weltwirtschaft dringend geboten - natürlich auch im eigenen Interesse der Bundesrepublik, da sie rund ein Drittel ihres Sozialprodukts exportiert. „Eine Sparernation wie . . . die deutsche kann sich hohe Budgetdefizite leisten; unter Umständen benötigt sie hohe Budgetdefizite geradezu, um den Abfluß von Sparkapital in das Ausland

und um hohe Leistungsbilanzüberschüsse zu vermeiden oder zu verringern", stellte der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt kürzlich fest.⁶

Bonn steuert erneut einen restriktiven Kurs

Im Gegensatz hierzu hat sich die Bundesregierung auf einen finanzpolitischen Kurs festgelegt, der die Binnennachfrage erneut beschränkt. Ab 1. Januar wurden die Verbrauchsteuern erhöht. Zusammen mit anderen Steuerrechtsänderungen werden die privaten Einkommen dadurch um mehr als 11 Milliarden DM geschmälert. Außerdem wirken die Anhebungen der Verbrauchsteuern preissteigernd; gerechnet wird mit einem Anstieg des Preisniveaus um mindestens einen halben Prozentpunkt. Im Bundeshaushalt 1989 wird eine forcierte Rückführung des Haushaltsdefizits um rund 10 Milliarden DM gegenüber 1987 - auf etwa 27 Milliarden DM - angestrebt, wodurch volkswirtschaftlich sinnvolle Ausgaben unterbleiben müssen.

„Es handelt sich unbestreitbar um Schritte in die falsche Richtung. Damit werden sonst mögliche günstige Entwicklungen bei der Beschäftigung und den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten verhindert. Daß der Staat die Einsparungen, die sich auf Grund des niedrigen Tarifabschlusses für dieses Jahr ergeben, auch nicht annähernd zu - der Arbeitszeitverkürzung entsprechenden - Mehreinstellungen zu nutzen bereit ist, unterstreicht dies." So bewertet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung den erneuten restriktiven Kurs der Finanzpolitik.⁷ Die Bundesbank will in diesem Jahr wieder stärker auf die geldpolitische Bremse treten.

Bei einer solchen Politik werden die Arbeitslosigkeit 1989 weiter zunehmen, die Binnennachfrage sich abschwächen und die Auslandsnachfrage der Motor der Konjunktur bleiben. Die Prognosen für dieses Jahr stimmen weitgehend überein. Sie sagen eine reale Zunahme des Brutto sozialprodukts um 2 bis 2,5 Prozent voraus. Der Überschuß in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz wird noch größer werden und mindestens 90 Milliarden DM betragen. Die Verbraucherpreise werden wieder stärker, um 2 bis 2,5 Prozent, steigen; die Zeiten, in denen ein extremer Verfall der Ölpreise und ein ebenfalls starker Rückgang der meisten sonstigen Einfuhrpreise einen Stillstand der Verbraucherpreise bewirkten, sind vorbei. Anders als 1988 werden die Arbeitnehmer 1989 wieder einen Rückgang der Kaufkraft ihres Arbeitseinkommens hinnehmen müssen.

⁶ Helmut Schmidt: Wer zahlt Reagans Rechnung? Die Zeit vom 18.11.1988, S. 27.

⁷ Wochenbericht des DIW vom 5.1.1989, S. 22.